

Gültig ab: 13.06.2019
Gültigkeit bis: fortlaufend

Fachliche Weisungen
Internationales Recht der
Arbeitslosenversicherung
Rechtskreis SGB III

Bezug von Arbeitslosengeld bei Arbeitsuche im
Ausland ("Mitnahme / Export")

Änderungen

Aktualisierung, Stand 05/2019

Auf dem Portablen Dokument PD U2 sind Authentifizierungsmerkmale anzubringen.

- FW 2 Abs. 3

Es wird klargestellt, dass bereits bei der ersten Entscheidung über einen Antrag auf den Export von Arbeitslosengeld zur Arbeitsuche in einem anderen Mitgliedstaat ein Mitnahmezeitraum von bis zu sechs Monaten genehmigt werden kann.

- FW 4.1 Abs. 1

Die Übergangsregelungen zur Mitnahme des Leistungsanspruchs in die Schweiz und die ERW- Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen sind überholt und werden gestrichen.

- FW 7.7 und 7.8

Die Regelung zur Sperrzeit-KV ist überholt und wurde gestrichen. Wie bei "normalen" Alg- Ansprüchen besteht ab dem ersten Tag einer Sperrzeit oder Ruhezeit wegen Urlaubsabgeltung Versicherungspflicht in der KV/PV.

- FW 8 Abs. 3

Redaktionelle Änderungen:

- FW 1.1 Abs. 1, 3, 5 und 6

- FW 2 Abs. 1

- FW 3.3 Abs. 3, 4.1 Abs. 5 und 4.3 Abs. 5

- FW 3.6

- FW 4.1 Abs. 1 und 5

- FW 4.2 Abs. 5

- FW 7.1 Abs. 1, 2 und 3

- FW 9.2 (gestrichen, weil zeitlich überholt)

- FW 9.2 (gem. aktualisierter Nummerierung):

redaktionelle Anpassung, weil für Arbeitslosengeld-Aufstocker ab dem 01.01.17 die vermittelrische Betreuung auf die Agenturen für Arbeit übergegangen ist

- FW 9.2 Abs. 2 (gem. aktualisierter Nummerierung; gestrichen, weil zeitlich überholt)

Inhalt

Änderungen	2
Aktualisierung, Stand 05/2019.....	2
Inhalt.....	3
Fachliche Weisungen.....	5
1. Grundsätzliche Hinweise	5
1.1. Allgemeines.....	5
1.2. Leistungsarten.....	6
1.3. Information des Arbeitslosen	7
2. Antragstellung und Ausstellung PD U2 bzw. Paper SED U008.....	7
3. Voraussetzungen für die Mitnahme des Leistungsanspruchs	8
3.1. Deutscher Leistungsanspruch	8
3.2. Arbeitsuche in einem anderen Mitgliedstaat	9
3.3. Wartefrist (4-Wochenfrist).....	9
3.4. Meldung im Land der Arbeitsuche (Meldefrist)	9
3.5. Pflichten im Staat der Arbeitsuche.....	10
3.6. Frühere Grenzgänger.....	10
4. Mitnahmezeitraum.....	11
4.1. Beginn und Dauer des Mitnahmezeitraums	11
4.2. Verlängerung des Mitnahmezeitraumes (Art. 64 Abs. 1 Buchst. c) GVO) 12	
4.3. Stückelung des Mitnahmezeitraumes (Art. 64 Abs. 3 GVO)	13
5. Mögliche Leistungsstörungen im Ausland	14
5.1. Allgemeine Hinweise	14
5.2. Mitteilungspflichten des ausländischen Trägers und des Arbeitslosen.....	15
5.3. Potentielle Leistungsstörungen.....	15
5.4. Information des Vermittlungsbereichs über gemeldete Leistungsstörungen.....	16
6. Rückkehr aus dem Ausland.....	16
6.1. Dauer der Verfügbarkeit im Ausland.....	16
6.2. Einstellung von Alg-EU in COLIBRI	16
6.3. Information an den ausländischen Träger mit Paper SED U014..	17
6.4. (Rest-) Anspruch bei Rückkehr nach Deutschland	17
7. Leistungsgewährung	17
7.1. Allgemeines.....	17
7.2. Abwicklung in ELBA	18
7.3. Bewilligung in COLIBRI	18
7.4. Abmeldung in COLIBRI	19

7.5.	Bescheide	19
7.6.	Controllingdaten bei Alg-EU und Alg Bewilligungen.....	20
7.7.	Übergangsregelung für den Leistungsexport in die Schweiz	20
7.8.	Übergangsregelung für den Leistungsexport in die EWR-Staaten Island, Liechtenstein oder Norwegen	20
8.	Sozialversicherung bei Bezug von Alg-EU.....	21
9.	Sonderfälle	21
9.1.	Verfahren bei vorzeitiger Ausreise.....	21
9.2.	Erschöpfung des Alg-Anspruchs im Mitnahmezeitraum.....	22
9.2.	Leistungsexport bei Aufstockern.....	22
9.3.	Leistungsexport im Anschluss an eine genehmigte Ortsabwesenheit.....	22
10.	Erneute Mitnahme des Leistungsanspruchs	22

Fachliche Weisungen

1. Grundsätzliche Hinweise

1.1. Allgemeines

Stand: Aktualisierung 05/2019

(1) Nach Art. 64 GVO kann ein Arbeitsloser, der einen Anspruch auf deutsche Leistungen bei Arbeitslosigkeit (in der Regel Alg) erworben hat, diese Leistung zum Zweck der Arbeitsuche in einem Mitgliedstaat ~~der EU~~ für drei bis sechs Monate weiter beziehen (**Mitnahme/Export** eines Leistungsanspruchs). Für die ersten drei Monate besteht ein Rechtsanspruch auf die Leistungsmithnahme. Darüber hinaus ist eine Ermessensentscheidung erforderlich.

Zweck der Regelung

(2) Der Arbeitslose muss die Leistungsmithnahme vor seiner Ausreise beantragen. Bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen wird ihm grundsätzlich das Portable Document PD U2 ausgestellt. Das PD U2 ist von seiner Rechtsnatur her eine Zusicherung im Sinne von § 34 SGB X. Danach verpflichtet sich die Agentur für Arbeit, bei Erfüllung der Voraussetzungen nach Art. 64 Abs. 1 GVO, Art. 55 DVO i.V.m. mit den §§ 136 ff SGB III, einen Verwaltungsakt mit bestimmten Inhalten zu erlassen. Wenn sich der Arbeitslose beim Träger im Land der Arbeitsuche arbeitsuchend meldet und alle Voraussetzungen erfüllt, wird ihm Arbeitslosengeld in einer bestimmten Höhe und Dauer bewilligt.

Portable Document PD U2

(3) Die Leistungsgewährung wird über ELBA und COLIBRI abgewickelt (siehe auch FW 7):

Leistungsgewährung

- Wenn der Arbeitslose zur Arbeitsuche ausreist, wird die Alg-Bewilligung zunächst - rechtlich - wegen mangelnder Verfügbarkeit eingestellt.
- Wenn der Arbeitslose sich im Land der Arbeitsuche arbeitsuchend meldet und seinen Anspruch auf die Leistungsmithnahme mit dem PD U2 nachweist, behandelt ihn der ausländische Träger wie einen eigenen Arbeitslosen/Arbeitsuchenden. Außerdem informiert der ausländische Träger die Agentur für Arbeit über das Datum der Registrierung als Arbeitsuchender. Daraufhin wird dem Arbeitslosen die mit dem PD U2 zugesicherte Leistung (Alg-EU) über COLIBRI bewilligt und ausgezahlt. Alg-EU folgt grundsätzlich den Regeln des Alg und zeichnet sich neben wenigen Besonderheiten (z. B. Verfügbarkeit kann unter bestimmten Voraussetzungen rückwirkend für 7 Tage unterstellt werden [Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) GVO], Befristung auf 3-6 Monate) im Wesentlichen durch eine andere Einstiegsnorm, Art. 64 GVO, aus.
- Die Zahlung von Alg-EU ist in der Regel nach Ende der Arbeitsuche im Ausland in COLIBRI einzustellen und ELBA entsprechend zu aktualisieren.
- Wenn der Arbeitslose nach Ende der Arbeitsuche im Ausland erneut die Voraussetzungen für einen Alg-Anspruch erfüllt, ist Alg erneut in COLIBRI zu bewilligen und ELBA entsprechend zu aktualisieren.

— Die Änderungen in COLIBRI sind der Versionsinformation zur P01 sowie den COLIBRI-Schulungsunterlagen (Aufbaumodul, Lernsequenz 76) zu entnehmen. Die Änderungen in ELBA sind der Verfahrensinformation zu entnehmen.

(4) Wenn während der Arbeitsuche im Ausland "mögliche Leistungsstörungen" auftreten (z. B. Aufnahme einer Nebenbeschäftigung oder Ablehnung eines Arbeitsangebots), informiert der ausländische Träger die Agentur für Arbeit entsprechend. Über den Alg-EU - Anspruch ist dann nach den Regeln der §§

Leistungsstörungen während der Arbeitsuche

136 ff SGB III zu entscheiden.

(5) Alle Arbeitslosen, die vom persönlichen Geltungsbereich der GVO erfasst werden (siehe FW Abschnitt "Allgemeine Hinweise"), können grundsätzlich einen erworbenen Leistungsanspruch bei einer Arbeitsuche in einem anderen Mitgliedstaat **der EU** weiterbeziehen. Folgende Ausnahmen sind zu beachten:

Begünstigter Personenkreis

- Für die Drittstaatsangehörigen, die vom persönlichen Geltungsbereich der VO 883/04 erfasst werden (siehe "Allgemeine Hinweise" FW 3 Abs. 3) gilt: Die Ausstellung eines PD U2 (bzw. Paper SED U008) ist daran gebunden, dass der Drittstaatsangehörige - ggf. aufgrund eines Aufenthaltstitels – berechtigt ist, sich in dem Land der Arbeitsuche als Arbeitsloser zu melden und rechtmäßig eine Beschäftigung auszuüben. Portable Documents PD U2 (bzw. Paper SEDs U008) sind für die Drittstaatsangehörigen nur auszustellen, wenn der zuständige Träger im Ausland bestätigt hat, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme vorliegen. Der Nachweis ist vom Antragsteller zu führen.
- **Flüchtlinge oder Staatenlose** sind vorsorglich darauf hinzuweisen, dass sie keine Leistungen erhalten können, wenn ihnen im Land der Arbeitsuche keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann oder dort die Ausübung einer Beschäftigung nicht erlaubt werden kann.

(6) Die aktuellen Vordrucke stehen mit Erläuterungen auf der Intranetseite der ZIntAlv bzw. als BK-Vorlagen zur Verfügung. Auswahl der wichtigsten Dokumente für den Leistungsexport:

Gemeinschaftsvordrucke

- PD U2: Portable Document für den Leistungsexport für den Arbeitslosen **(ID 22711)**
- Paper SED U007: Anforderung des Dokuments für den Leistungsexport durch den Träger im Land der Arbeitsuche **(ID 23894)**
- Paper SED U008: Dokument für den Leistungsexport für den Träger im Land der Arbeitsuche **(ID 23914)**
- Paper SED U009: Information vom ausländischen Träger über den Tag der Registrierung im Ausland **(ID 23895)**
- Paper SED U010: Information vom ausländischen Trägers über mögliche Leistungsstörungen **(ID 23896)**
- Paper SED U011: Information an den ausländischen Träger über Auswirkungen der gemeldeten Leistungsstörungen auf den Alg-Anspruch **(ID 23915)**
- Paper SED U014: Information an den ausländischen Träger über die vorzeitige Rückkehr des Arbeitsuchenden nach Deutschland **(ID 23916)**
- Paper SED U015: Information an den ausländischen Träger über die Verlängerung des Mitnahmezeitraums **(ID 23917)**
- Paper SED U016: Information an den ausländischen Träger über das Ende des Alg- Anspruchs **(ID 23918)**

1.2. Leistungsarten

Stand: Aktualisierung 03/2012

Leistungsarten

Mit Ausnahme von Alg bei beruflicher Weiterbildung (§ 144 SGB III) und Kurzarbeitergeld können grundsätzlich alle in den Allgemeinen Hinweisen unter FW 4 aufgeführten Leistungen im Rahmen des Art. 64 GVO in einen anderen Mitgliedsstaat exportiert werden. In der Praxis dürfte jedoch nur Alg bei Arbeitslosigkeit (§ 137 SGB III) dafür in Frage kommen.

1.3. Information des Arbeitslosen

Stand: Aktualisierung 06/2013

(1) Nach Art. 55 Abs.1 DVO hat die zuständige Agentur für Arbeit sich zu vergewissern, dass Arbeitslose, die Leistungen nach Art. 64 GVO in Anspruch nehmen wollen, ausreichend über ihre Rechte und Pflichten informiert werden. Eine entsprechende Beratung hat auch dann zu erfolgen, wenn Arbeitslose anlässlich einer Vorsprache in der Agentur für Arbeit lediglich ein Interesse an einer Arbeitsuche im Ausland bekunden.

(2) Die allgemeine Beratung in diesem Zusammenhang (insbesondere über Mitnahmevoraussetzungen, Fristen, Mitnahmezeitraum, Pflichten, Rückkehr nach Deutschland) erfolgt durch den Vermittlungsbereich.

(3) Wenn eine Leistungsberatung zu den Themen: "Mitnahme/Export von deutschen Leistungen bei Arbeitslosigkeit" oder "Leistungsanspruch bei Rückkehr nach Deutschland" gewünscht wird, erfolgt diese durch das Team Alg Plus.

(4) Während des Leistungsbezuges zum Zweck der Arbeitsuche im Ausland ist der Arbeitslose weiterhin bei seiner bisherigen Krankenkasse krankenversichert. Für Sachleistungen (z. B. ärztliche Behandlungen, Medikamente, Krankenhausbehandlung) benötigt der Arbeitslose (und seine Familienangehörigen) eine Europäische Krankenversicherungskarte. Falls er diese Bescheinigung noch nicht erhalten hat, sollte er sie noch vor seiner Ausreise bei seiner deutschen Krankenkasse beantragen. Für Fragen zu seiner Krankenversicherung ist der Arbeitslose an seine Krankenversicherung zu verweisen.

(5) Ruht der Anspruch zu Beginn des Mitnahmezeitraums z. B. wegen einer Sperrzeit nach § 159 SGB III, so ist der Arbeitslose darauf hinzuweisen, dass ein möglicher Krankenversicherungsschutz unabhängig vom Beginn der Leistungszahlung erst nach der Meldung bei der zuständigen Stelle im Land der Arbeitsuche wirksam werden kann. Außerdem ist dem Arbeitslosen zu empfehlen, sich umgehend bei seiner Krankenkasse zu erkundigen, ob ihm durch den Ruhenszeitraum versicherungsrechtliche Nachteile entstehen können und wie er ggf. einen lückenlosen Krankenversicherungsschutz herstellen kann.

2. Antragstellung und Ausstellung PD U2 bzw. Paper SED U008

Stand: Aktualisierung 05/2019

(1) Nach Art. 55 Abs. 1 DVO hat der Arbeitslose, der Leistungen nach Art. 64 GVO in Anspruch nehmen will, die zuständige Agentur **vor** seiner Ausreise zu informieren und das **Portable Document PD U2 zu beantragen**. Der Antrag kann persönlich (Eingangszone), telefonisch (Service Center) oder schriftlich (Brief, Fax, Mail) gestellt werden. Zur Antragstellung sollte der Arbeitslose das Formular "**Antrag auf Ausstellung eines PD U2**" ausfüllen (BK-Vorlage **ID 21587**). Als Seite 2 des "Antrag auf Ausstellung eines PD U2" werden die "Hinweise zur Arbeitsuche in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, der Schweiz und **ab 01.06.2012** dem EWR (Island, Liechtenstein und Norwegen) und Weiterzahlung der deutschen Leistung (Arbeitslosengeld I) ausgegeben.

(2) Da die Nachsendung des PD U2 in der Regel mit einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden ist und häufig zu Schwierigkeiten im weiteren Prozessverlauf führt, sind Anträge auf Ausstellung des PD U2 zügig zu bear-

Information

Allgemeine Beratung

Leistungsberatung

Krankenversicherungsschutz

Ruhenszeitraum

Antragstellung durch den Arbeitslosen

Sofortige Bearbeitung

beiten. Das PD U2 sollte dem Arbeitslosen vor der Abreise persönlich ausgehändigt werden.

(3) Auf dem Portablen Dokument PD U2 sind Authentifizierungsmerkmale anzubringen. Siehe Abschnitt Allg. Hinw., FW 7.2.

(4) Das Dokument für den Leistungsexport kann auch vom Träger im Land der Arbeitsuche angefordert werden, wenn der Arbeitslose das PD U2 bei der Registrierung beim ausländischen Träger nicht vorgelegt hat (Art. 55 Abs. 2 DVO). Der ausländische Träger fordert das Dokument für den Leistungsexport ggf. mit dem **Paper SED U007** an. Das Team Alg Plus hat dem ausländischen Träger daraufhin das **Paper SED U008** (nicht das PD U2) zu übersenden.

(5) Die für die Entstehung des Leistungsanspruchs erforderliche persönliche Arbeitslosmeldung (§ 141 Abs. 1 SGB III) und die Beantragung der Leistungsmitnahme durch den Arbeitslosen vor der Ausreise aus Deutschland können nicht durch die Anforderung des Paper SEDs für den Leistungsexport durch den ausländischen Träger ersetzt werden. Art. 81 GVO greift hier nicht.

3. Voraussetzungen für die Mitnahme des Leistungsanspruchs

3.1. Deutscher Leistungsanspruch

Stand: Aktualisierung 03/2012

(1) Ein bestehender Alg-Anspruch kann grundsätzlich exportiert werden.

(2) Auch wenn die Ausreise des Arbeitnehmers bereits vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erfolgt, kann das PD U2 ausgestellt werden, wenn die Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch nach § 137 SGB III - unter der Fiktion der Arbeitslosigkeit (§ 138 SGB III) - vorliegen. Es ist nicht erforderlich, dass der Alg-Anspruch bereits vor der Abreise bewilligt wurde.

Als Anwendungsfälle kommen insbesondere in Betracht, dass sich Arbeitnehmer unmittelbar nach Beendigung des letzten Beschäftigungsverhältnisses oder zum Ende des letzten Beschäftigungsverhältnisses (z. B. während eines Resturlaubs) unter Verkürzung der 4-wöchigen Wartefrist ins Ausland begeben. Die Voraussetzung der Arbeitslosigkeit (§ 138 SGB III) wird hier erst im Ausland erfüllt.

(3) Das Ruhen eines deutschen Leistungsanspruchs nach den §§ 156-160 SGB III führt auch zum Ruhen des nach Art. 64 GVO exportierten Anspruchs.

(4) Kann der Arbeitslose aus wichtigen persönlichen Gründen eine Beschäftigung nur noch im Land der Arbeitsuche (z. B. am ausländischen Wohnort der Familie, gemeinsamer Umzug) aufnehmen, ist dies ein wichtiger Grund für die Ablehnung eines Arbeitsangebotes einer deutschen Agentur für Arbeit. Zur Beurteilung eines wichtigen Grundes sind die FW zu § 159 SGB III heranzuziehen.

(5) Die Mitnahme des Leistungsanspruchs setzt grundsätzlich voraus, dass der Arbeitslose der Arbeitsverwaltung im anderen Mitgliedstaat uneingeschränkt zur Verfügung steht und sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden. Bei Arbeitslosen, die zu Beginn des Mitnahmezeitraums Leistungen nach § 146 SGB III beziehen und deren Arbeitsunfähigkeit voraussichtlich in absehbarer Zeit beendet ist, wird die Mitnahme des Leistungsanspruchs zugelassen.

Authentifizierungsmerkmale

Anforderung durch den ausländischen Träger

Bestehender Alg-Anspruch

Noch nicht bewilligter Alg-Anspruch

Ruhenstatbestände

Wichtige Gründe im Sinne der Sperrzeitvorschriften

Leistungen nach § 146 SGB III

(6) Bis zum Ende der Arbeitsunfähigkeit sind Leistungen nach Art. 64 GVO i.V.m. § 146 SGB III zu gewähren. Das Ende der Arbeitsunfähigkeit ist vom Arbeitslosen auf geeignete Weise nachzuweisen. Nach dem Ende der Arbeitsunfähigkeit sind die Leistungen nach Art. 64 GVO grundsätzlich erst ab dem Tag zu gewähren, an dem sich der Arbeitslose beim ausländischen Träger als Arbeitsuchender gemeldet hat. Wenn die Meldung beim ausländischen Träger innerhalb der 7-tägigen Meldefrist erfolgt, hat die Meldung eine Rückwirkung von bis zu 7 Tagen (s. FW 3.4).

3.2. Arbeitsuche in einem anderen Mitgliedstaat

Stand: Aktualisierung 06/2013

(1) Die Mitnahme eines deutschen Leistungsanspruchs ist nur dann zulässig, wenn der Auslandsaufenthalt dem Zweck dient, durch die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses die Arbeitslosigkeit zu beenden. Es ist unschädlich, wenn der Arbeitslose von vornherein beabsichtigt, im anderen Mitgliedstaat zu bleiben. Das Mitnahmerecht kann nur verneint werden, wenn gravierende Anhaltspunkte für die fehlende Arbeitsuche vorliegen.

(2) Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Arbeitsuche im Ausland nach Abs. 1 trifft der Arbeitsvermittler mit dem Ausfüllen des Vordrucks "Stellungnahme AV Leistungsmitnahme".

(3) Die Entscheidung, ob die beantragte Arbeitsuche unter den persönlichen und räumlichen Geltungsbereich der GVO fällt und damit zulässig ist, obliegt dem Team Alg Plus.

3.3. Wartefrist (4-Wochenfrist)

Stand: Aktualisierung 05/2019

(1) Gemäß Art. 64 Abs. 1 Buchst. a) Satz 1 GVO muss der Arbeitslose der deutschen Arbeitsvermittlung vor seiner Abreise grundsätzlich 4 Wochen nach Beginn der Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestanden haben (Wartefrist), damit die erforderlichen Vermittlungsbemühungen eingeleitet werden können (Vorrang des nationalen Arbeitsmarktes). Ein Leistungsbezug während dieser 4 Wochen ist nicht erforderlich.

(2) Nach Art. 64 Abs. 1 Buchst. a) Satz 2 GVO kann die zuständige Agentur für Arbeit dem Arbeitslosen die Abreise vor Ablauf der 4-wöchigen Wartefrist gestatten.

(3) Die Entscheidung über die Wartefrist (Beginn, Verkürzung, Ende) trifft der Vermittlungsbereich anhand des Vordrucks "Stellungnahme AV Leistungsmitnahme", ID 21589. Die Stellungnahme des Vermittlungsbereichs wird nach agenturspezifischer Regelung an das Team Alg Plus weitergeleitet.

(4) Auch bei einer Verkürzung der Wartefrist besteht der Alg-Anspruch solange der Arbeitslose verfügbar ist (i. d. R. bis zum Tag vor dem Abreisetermin). Bei einer Verkürzung der Wartefrist auf "Null" entsteht der (exportierte) Leistungsanspruch erst mit der Verfügbarkeit des Arbeitslosen im Land der Arbeitsuche einschließlich der fiktiven Vorverlegung ihres Beginns nach Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) GVO (Meldefrist).

3.4. Meldung im Land der Arbeitsuche (Meldefrist)

Stand: Aktualisierung 06/2013

Arbeitsuche

Entscheidung Arbeitsvermittler

Entscheidung Team Alg Plus

Wartefrist

Verkürzung der Wartefrist

Entscheidung Vermittlungsbereich

Leistungsanspruch bei Verkürzung der Wartefrist

Meldefrist

(1) Grundsätzlich lebt der Leistungsanspruch nach Art. 64 GVO erst mit der Meldung als Arbeitsuchender bei der im Land der Arbeitsuche zuständigen Stelle auf. Um den Arbeitslosen während der Reisezeit nicht unversorgt zu lassen, hat die Meldung im Regelfall eine Rückwirkung von bis zu 7 Tagen (inkl. Tag der Meldung, s. Beispiele), Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) GVO.

(2) Die Meldefrist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Arbeitslose der deutschen Agentur für Arbeit nicht mehr zur Verfügung gestanden hat und endet am sechsten darauf folgenden **Kalendertag**, sofern sie nicht verlängert wird; u. a. bei Fristende am Samstag, Sonntag oder einem im Land der Arbeitsuche geltenden Feiertag.

Fristbeginn

Beispiele:

Abreise/fehlende Verfügbarkeit ab:	Do., 09.09.2010
Ende Meldefrist:	Mi., 15.09.2010
Meldung:	Mi., 15.09.2010
Leistungsanspruch:	Do., 09.09.2010

Abreise/fehlende Verfügbarkeit ab:	Do., 09.09.2010
Ende Meldefrist:	Mi., 15.09.2010
Meldung:	Fr., 17.09.2010
Leistungsanspruch ab:	Fr., 17.09.2010

Abreise/fehlende Verfügbarkeit ab:	Mo., 13.09.2010
Ende Meldefrist:::	Mo., 20.09.2010 (Verlängerung wegen Fristende am Sonntag)

Meldung:	Mo., 20.09.2010
Leistungsanspruch ab:	Mo., 13.09.2010

Beispiele

(3) Bei einer Ausreise im Aktionszeitraum beginnt die Meldefrist mit dem ersten Tag nach Ende des Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisses. An diesem Tag wird erstmals Verfügbarkeit für den Leistungsanspruch gefordert (§ 138 SGB III); dieser Tag ist damit der erste Tag, an dem der Arbeitnehmer der AA nicht mehr zur Verfügung gestanden hat. Siehe Beispiel 2 zu FW 4.1.

(4) In Ausnahmefällen kann die 7-tägige Meldefrist verlängert werden (Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) GVO). Eine Verlängerung der Meldefrist kommt insbesondere in Betracht, wenn

Verlängerung der Meldefrist

- eine rechtzeitige Meldung nicht möglich war, weil die zuständige ausländische Dienststelle zum Zeitpunkt der - nicht schuldhaft verzögerten - Ankunft des Arbeitslosen nicht dienstbereit war oder
- der Arbeitslose durch eine - unverzüglich angezeigte - Erkrankung an der rechtzeitigen Meldung gehindert war.

(5) Über die Festlegung der Meldefrist (Beginn, Ende, Verlängerung im Ausnahmefall) entscheidet das Team Alg Plus.

Entscheidung Team Alg Plus

3.5. Pflichten im Staat der Arbeitsuche

Stand: Grundwerk

Der Arbeitslose muss sich bei der ausländischen Arbeitsverwaltung als Arbeit-suchender melden und sich dem ausländischen Kontrollverfahren unterwerfen (Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) GVO); Details siehe FW 5.

Pflichten während der Arbeitsuche

3.6. Frühere Grenzgänger

Stand: Aktualisierung 05/2019

Bei vollarbeitslosen früheren (echten und unechten) Grenzgängern ist die Mit-nahme des Alg- Anspruchs in den Staat der letzten Beschäftigung bzw.

Frühere Grenz-gänger

selbstständigen Erwerbstätigkeit möglich. **Das EuGH-Urteil in der RS 145/84 – Cochet, das den Leistungsexport gem. Art. 69 VO 1408/71 in den ehemaligen Beschäftigungsstaat ausgeschlossen hat, ist auf Art. 64 VO 883/04 nicht anwendbar.**

4. Mitnahmezeitraum

4.1. Beginn und Dauer des Mitnahmezeitraums

Stand: Aktualisierung 05/2019

(1) Gem. Art. 64 Abs. 1 Buchst. c) GVO kann der Leistungsanspruch für einen Zeitraum von 3 bis höchstens 6 Monaten zur Arbeitsuche in einen anderen Mitgliedstaat **der EU** mitgenommen/exportiert werden (Mitnahmezeitraum). Auf die Leistungsmitnahme von 3 Monaten besteht (bei Erfüllung der übrigen Anspruchsvoraussetzungen) ein Rechtsanspruch. Dieser Zeitraum kann im Rahmen einer Ermessensentscheidung auf höchstens 6 Monate verlängert werden. **Die Leistungsmitnahme kann bereits bei der ersten Entscheidung für bis zu 6 Monate genehmigt werden.**

(2) Der Mitnahmezeitraum beträgt auch dann grundsätzlich drei Monate, wenn die Alg-Restanspruchs-dauer kürzer ist. Die Gesamtdauer der Leistungsgewährung nach Art. 64 GVO darf den Zeitraum nicht überschreiten, für den bei Leistungsbezug in Deutschland Anspruch bestehen würde. Da aber im Voraus nicht feststeht, ob der Leistungsanspruch während der Arbeitsuche im Ausland ab Beginn des Mitnahmezeitraums (nur bei Meldung innerhalb der 7-tägigen Meldefrist) und ohne Unterbrechungen verbraucht wird, darf der Mitnahmezeitraum nicht auf die Restanspruchs-dauer zum Zeitpunkt der Ausreise begrenzt werden.

(3) Der Mitnahmezeitraum beginnt an dem Tag, an dem der Arbeitslose der Agentur für Arbeit **"nicht mehr zur Verfügung gestanden hat"** und **läuft kalendermäßig ab.**

Beispiel 1: Normalfall (bei 3-monatigem Mitnahmezeitraum)

Alg-Bezug bis:	15.10.2010
Abreise/fehlende Verfügbarkeit ab:	16.10.2010
Mitnahmezeitraum:	16.10.2010 – 15.01.2011

Beispiel 2: Ausreise im Aktionszeitraum nach § 38 SGB III

Meldung gem. § 38 SGB III am:	15.09.2010
Alo's-meldung und Alg-Antragstellung am:	15.09.2010
Resturlaub bis:	30.09.2010
Ausreise am:	19.09.2010
Grundanspruch auf Alg frühestens ab:	01.10.2010
Mitnahmezeitraum:	01.10.2010 - 31.12.2010
Ende Meldefrist:	07.10.2010
Meldung beim Träger im Land der Asu:	05.10.2010
Leistungsanspruch ab:	01.10.2010

Erläuterung:

Der Grundanspruch auf Alg kann frühestens am 01.10.10 (nach dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses) entstehen.

Ab 01.10.10 wird erstmalig die Verfügbarkeit für den Leistungsanspruch gefordert; der Alo steht der AA nicht mehr zur Verfügung (§ 138 SGB III), weil er sich bereits im Ausland aufhält; der 01.10.10 ist der erste Tag, an dem der Alo der AA nicht mehr zur Verfügung steht und damit der Beginn des Mitnahmezeitraums.

Die Meldefrist beginnt wie der Mitnahmezeitraum am ersten Tag, an dem der Alo der AA nicht mehr zur Verfügung gestanden hat.

Dauer des Mitnahmezeitraumes

Mitnahmezeitraum bei kurzer Restanspruchs-dauer

Beginn des Mitnahmezeitraumes

Beispiele

(4) Auch wenn der exportierte Leistungsanspruch zu Beginn des Mitnahmezeitraumes ruht oder die Restanspruchsdauer kürzer als der Mitnahmezeitraum ist, verändern sich der Beginn und der kalendermäßige Ablauf des Mitnahmezeitraumes nicht.

Ablauf des Mitnahmezeitraums

(5) Über die Dauer des Mitnahmezeitraums (drei bis sechs Monate) entscheidet der Vermittlungsbereich anhand des Vordrucks "Stellungnahme AV Leistungsmitnahme", ID 21589. Die Stellungnahme des Vermittlungsbereichs wird nach agenturspezifischer Regelung an das Team Alg Plus weitergeleitet.

Entscheidung Vermittlungsbereich

(6) Über den Beginn und das Ende des Mitnahmezeitraums entscheidet das Team Alg Plus (korrekte Festlegung des Beginns und des Endes - z. B. darf der Mitnahmezeitraum nicht länger als sechs Monate sein).

Entscheidung Team Alg Plus

4.2. Verlängerung des Mitnahmezeitraumes (Art. 64 Abs. 1 Buchst. c) GVO)

Stand: Aktualisierung 05/2019

Antrag erforderlich

(1) Während der Arbeitsuche im Ausland kann der Arbeitslose formlos oder mittels Vordruck "Antrag auf Ausstellung eines PD U2" die Verlängerung des Mitnahmezeitraums beantragen. Der Antrag muss spätestens am letzten Tag des Mitnahmezeitraums in der Agentur für Arbeit eingehen. Bei verspäteter Antragstellung ist der Antrag abzulehnen.

Hinweis:

Der Leistungsanspruch wird grundsätzlich während drei Monaten "aufrechterhalten"; der Zeitraum von drei Monaten kann von der zuständigen Arbeitsverwaltung auf höchstens sechs Monate "verlängert" werden (Art. 64 Abs. 1 Buchst. c) GVO). Die Verlängerung ist nur möglich, solange der mitgenommene Leistungsanspruch noch besteht (aufrechterhalten ist); die Verlängerung muss also spätestens am letzten Tag des genehmigten Mitnahmezeitraums beantragt werden (Eingang des Antrags in der Agentur für Arbeit).

Wenn der Antrag nach Ende des Mitnahmezeitraums gestellt wird, tritt eine Unterbrechung der Verfügbarkeit nach Art. 64 GVO beim ausländischen Träger ein, weil das "Kontrollverfahren" beim ausländischen Träger mit Ablauf des Mitnahmezeitraums endet (Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) GVO). Ggf. kommt eine Stückelung des Mitnahmezeitraums in Betracht, siehe FW 4.3.

(2) Über die Verlängerung des Mitnahmezeitraums (Ermessensentscheidung) entscheidet der Vermittlungsbereich anhand des Vordrucks "Stellungnahme AV Leistungsmitnahme". Die Stellungnahme des Vermittlungsbereichs wird an das Team Alg Plus weitergeleitet.

Entscheidung Vermittlungsbereich

(3) Über das neue Ende des Mitnahmezeitraums entscheidet das Team Alg Plus (korrekte Festlegung des neuen Endes - z. B. darf der Mitnahmezeitraum insgesamt nicht länger als sechs Monate sein).

Entscheidung Team Alg Plus

(4) Die Verlängerung des Mitnahmezeitraums wird in COLIBRI abgewickelt.

Abwicklung in COLIBRI

(5) Das Team Alg Plus gibt dem Arbeitslosen die Entscheidung über die Verlängerung des Mitnahmezeitraums mit Bescheid bekannt:

Bekanntgabe der Entscheidung gegenüber dem Arbeitslosen

- Bei einer antragsgemäßen Verlängerung des Mitnahmezeitraums wird ein Änderungsbescheid über COLIBRI erstellt.
- **Teiblehnungen** sind per Änderungsbescheid in COLIBRI zu bescheiden.
- **Vollablehnungen** sind über die BK-Vorlagenauswahl (ID 18181) zu bescheiden.

(6) Wenn der Mitnahmezeitraum verlängert wird, ist der Träger im Land der Arbeitsuche mittels **Paper SED U015** über das neue Ende des Mitnahmezeitraums zu informieren.

Information des ausländischen Trägers mit Paper SED U015

4.3. Stückelung des Mitnahmezeitraumes (Art. 64 Abs. 3 GVO)

Stand: Aktualisierung 05/2019

Stückelung des Mitnahmezeitraumes

(1) Wenn der maximale Mitnahmezeitraum (6 Monate) noch nicht verbraucht wurde, besteht die Möglichkeit, die Leistungsmitnahme (zwischen zwei Beschäftigungszeiten) zu "stückeln" (Art. 64 Abs. 3 GVO). Das heißt, dass der Leistungsexport durch eine Rückkehr nach Deutschland unterbrochen werden kann. Nach der Rückkehr nach Deutschland kann der Arbeitslose erneut die Mitnahme seines Leistungsanspruchs beantragen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die "gestückelte Leistungsmitnahme" bis zu einer Gesamtdauer von drei Monaten. Die Gesamtdauer des "gestückelten Mitnahmezeitraums" darf sechs Monate nicht überschreiten.

(2) Der Arbeitslose hat die Agentur für Arbeit vor der Abreise über die erneute Arbeitsuche im Ausland zu informieren und erneut die Ausstellung eines Dokuments PD U2 zu beantragen (Art. 55 Abs. 1 DVO). Nachfolgend sind die Besonderheiten gegenüber dem Standardprozess der erstmaligen Beantragung der Leistungsmitnahme aufgeführt.

Antragstellung

(3) Die Wartefrist (FW 3.3) muss nur einmal nach Beginn der Arbeitslosigkeit erfüllt werden.

Wartefrist

(4) Die gestückelte Mitnahme ist nur in **dasselbe** Land der Arbeitsuche möglich (Art. 64 Abs. 1 Satz 1 GVO).

Mitgliedstaat

(5) Über die Dauer des Mitnahmezeitraums (Ermessensentscheidung, ob im Rahmen der "Stückelung" ein Mitnahmezeitraum von insgesamt mehr als drei Monaten bis maximal sechs Monaten gewährt werden soll) entscheidet der Vermittlungsbereich anhand des Vordrucks "Stellungnahme AV Leistungsmitnahme". Die Stellungnahme des Vermittlungsbereichs wird **nach agenturspezifischer Regelung** an das Team Alg Plus weitergeleitet.

Entscheidung Vermittlungsbereich

(6) Die abschließende Entscheidung über die "gestückelte Leistungsmitnahme" (Umsetzung des Rechtsanspruchs [s. Abs. 1], Festlegung des korrekten Beginns und Endes des "gestückelten Mitnahmezeitraums") trifft das Team Alg Plus.

Entscheidung Team Alg Plus

(7) Für die Festlegung des Mitnahmezeitraums bei der Stückelung der Leistungsmitnahme ist zunächst die Dauer des Mitnahmezeitraums, die insgesamt gewährt werden soll, von Monaten in Kalendertage umzurechnen; hierbei ist ein Monat mit 30 Kalendertagen anzusetzen (3 Monate = 90 Kalendertage, 6 Monate = 180 Kalendertage). Der bereits "verbrauchte" Mitnahmezeitraum ist ebenfalls in Kalendertage umzurechnen und die Differenz zu bilden (= Restdauer für die Mitnahme). Als letzter Schritt ist dann unter Berücksichtigung des Beginns und der Restdauer für die gestückelte Mitnahme der Mitnahmezeitraum für die gestückelte Mitnahme festzulegen. Siehe Beispiel.

Festlegung des Mitnahmezeitraums bei der Stückelung

(8) Zur Abgrenzung der "Stückelung des Mitnahmezeitraums" von der "erneuten Mitnahme des Leistungsanspruchs" siehe FW 10.

Abgrenzung zur erneuten Mitnahme des Leistungsanspruchs

(9) Beispiel

Beispiel zu einer gestückelten Leistungsmitnahme:

Beschäftigung: 01.01.05 - 19.05.10

Arbeitslosigkeit/Alg-Anspruch: 20.05.10 - 01.06.10
 Der Arbeitslose beantragt am 26.05.10 den Leistungsexport für 3 Monate ab dem 02.06.10.
 Seit Eintritt der Arbeitslosigkeit hat der Arbeitslose der Vermittlung nicht 4 Wochen/28 Kalendertage zur Verfügung gestanden (20.05. - 01.06. = 13 KTag.).
 Die **Wartefrist** wird nach Entscheidung des Vermittlers verkürzt.
 Der **Mitnahmezeitraum** beginnt am 02.06.10 (Ausreisetag), umfasst 3 Monate und endet am 01.09.10 (FW 4.1).

Alg-EU: 02.06.10 - 20.08.10
 Meldung bei AA/Alg: 21.08.10 - 30.09.10
 Der Arbeitslose beantragt am 25.09.10 den Leistungsexport mit der max. Dauer ab 01.10.10 (Stückelung des Mitnahmezeitraums, FW 4.3).
 Seit Eintritt der Arbeitslosigkeit hat der Arbeitslose der Vermittlung mind. 4 Wochen / 28 Kalendertage zur Verfügung gestanden (20.05. - 01.06. = 13 KTag. + 21.08. - 30.09. = 41 KTag.).
 Die **Wartefrist** ist erfüllt.
 Nach Entscheidung des Vermittlers wird der **Mitnahmezeitraum** über den Rechtsanspruch hinaus auf 6 Monate/180 Kalendertage verlängert.
 Der Mitnahmezeitraum beginnt am 01.10.10 (Ausreisetag), umfasst 100 Kalendertage und endet am 08.01.11.

Ermittlung des Mitnahmezeitraums bei gestückelter Leistungsmitnahme:

1. Dauer der bisherigen Leistungsmitnahme: 80 KTag. (02.06.-20.08.)
2. maximale Mitnahmedauer: 180 KTag. (6 Monate)
3. Restdauer für die Mitnahme: 100 KTag.
4. Mitnahmezeit. für die gestückelte Mitnahme: 01.10.10 - 08.01.11

Alg-EU: 01.10.10 - 24.11.10
 Rückreise/Arbeit in D: 25.11.10 - 10.01.11

Der Anwendungsbereich für die gestückelte Leistungsmitnahme endet, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine unselbstständige Beschäftigung unterbrochen wird. Bei erneutem Eintritt der Arbeitslosigkeit ist eine **erneute Mitnahme des Leistungsanspruchs** nach den gleichen Regeln wie der erste Leistungsexport möglich (FW 10).

5. Mögliche Leistungsstörungen im Ausland

5.1. Allgemeine Hinweise

Stand: Aktualisierung 03/2012

(1) Während der Arbeitsuche im Ausland ist das Fortbestehen des Leistungsanspruchs grundsätzlich nach deutschen Rechtsvorschriften zu beurteilen. Nach Art. 55 Abs. 3 DVO hat der ausländische Träger den Arbeitssuchenden über seine Pflichten im Land der Arbeitsuche zu informieren.

Weitergeltung deutscher Rechtsvorschriften

(2) Bezüglich der Verfügbarkeit (§§ 138 Abs. 5, 140 SGB III) ist das Land der Arbeitsuche so zu behandeln, als ob es Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes wäre.

Verfügbarkeit im Ausland

(3) Der aushelfende ausländische Träger hat gem. Art. 55 Abs. 5 DVO lediglich die Kontrolle des Arbeitslosen nach den für seine eigenen Leistungsbezieher gültigen Rechts- und Verfahrensvorschriften durchzuführen (z. B. regelmäßige Meldung).

Geltung ausländischer Kontrollvorschriften

(4) Der Arbeitslose sollte sich direkt an die für die Leistungszahlung zuständige Agentur für Arbeit wenden, wenn er Einwände gegen Leistungsstörungen, die vom ausländischen Träger an die Agentur für Arbeit gemeldet wurden, vortragen möchte.

Einwände gegen gemeldete Leistungsstörungen

5.2. Mitteilungspflichten des ausländischen Trägers und des Arbeitslosen

Stand: Grundwerk

(1) Der ausländische Träger ist nach Art. 64 GVO i.V.m. Art. 55 Abs. 4 Satz 2 DVO verpflichtet, während der Dauer der Leistungsmithnahme der Agentur für Arbeit alle Umstände, die den Leistungsbezug beeinflussen könnten (**potentielle Leistungsstörungen**), mitzuteilen (insbesondere die Aufnahme einer Beschäftigung, Ablehnung eines Arbeitsangebots, Verstöße gegen Kontrollvorschriften [Meldeversäumnisse] und den Eintritt einer Arbeitsunfähigkeit).

Mitteilungspflicht des ausländischen Trägers

(2) Der ausländische Träger sollte die Agentur für Arbeit ggf. mit **Paper SED U010** über eine mögliche Leistungsstörung unterrichten. Reichen die gegebenen Informationen nicht aus, sollte die Agentur für Arbeit vorrangig ergänzende Informationen direkt vom Arbeitslosen einholen.

Paper SED U010

(3) Wenn der ausländische Träger bei der Mitteilung von möglichen Leistungsstörungen um Informationen zu den Auswirkungen auf den deutschen Leistungsanspruch gebeten hat, ist er mit **Paper SED U011** entsprechend zu informieren.

Paper SED U011

(4) Wenn der ausländische Träger potentielle Leistungsstörungen an den für die Leistungsgewährung zuständigen Träger meldet, muss er hierüber auch den Arbeitslosen (mit PD U3) informieren.

Information an den Arbeitslosen mit PD U3

(5) Nach Art. 76 Abs. 4 Satz 3 GVO besteht für den Arbeitslosen **gegenüber dem Träger im Land der Arbeitsuche und der Agentur für Arbeit** eine Mitteilungspflicht über jede Änderung seiner persönlichen oder familiären Situation, die sich auf seinen exportierten Leistungsanspruch auswirkt.

Mitteilungspflicht des Arbeitslosen

(6) Die Verletzung der o. a. Informationspflicht kann angemessene Maßnahmen nach dem nationalen Recht nach sich ziehen (z. B. Ordnungswidrigkeitsverfahren, Strafverfahren), Art. 76 Abs. 5 GVO.

Ordnungswidrigkeit, Strafverfahren

5.3. Potentielle Leistungsstörungen

Stand: Aktualisierung 03/2012

(1) Nimmt der Arbeitslose während des Leistungsbezuges im Land der Arbeitsuche eine Beschäftigung auf, ist besonders auf die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit der Beschäftigung zu achten (§ 138 Abs. 3 SGB III).

Beschäftigungsaufnahme im Ausland

(2) Hat die Dauer der ausgeübten Beschäftigung weniger als 15 Stunden wöchentlich betragen, ist das vom ausländischen Träger mitgeteilte Arbeitsentgelt ggf. in Euro umzurechnen und unter Berücksichtigung der FW zu § 155 SGB III wie im nationalen Recht als Nebeneinkommen zu behandeln. Für die Umrechnung von ausländischem Arbeitsentgelt ist gem. Art. 90 DVO der von der Europäischen Zentralbank veröffentlichte Referenzwechsellkurs zu verwenden. Diese Wechselkurse werden auch für das Erstattungsverfahren benötigt und auf der Intranetseite der ZIntAlv veröffentlicht. Es ist der Umrechnungskurs zu verwenden, der für den ersten Tag des Monats veröffentlicht wurde, der dem Monat vorausgeht, in dem das Nebeneinkommen erzielt wurde.

Nebenverdienst im Ausland

(3) Nimmt der Arbeitslose im Land der Arbeitsuche eine Beschäftigung auf, die nach den dort geltenden Rechtsvorschriften der Versicherungspflicht unterliegt, wird dieser Staat gemäß Art. 11 Abs. 3 Buchst. a) GVO der zuständige Staat. Geht die Beschäftigung noch vor dem Ende des Mitnahmezeitraums

Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung

wieder verloren, hat der ausländische Träger grundsätzlich Leistungen nach seinen Rechtsvorschriften - ggf. unter Berücksichtigung deutscher Versicherungs- und Leistungszeiten - zu gewähren.

(4) Bei Ablehnung eines vom ausländischen Träger unterbreiteten Arbeitsangebotes oder bei einem Verstoß gegen die ausländischen Meldevorschriften (Meldeversäumnis) können wegen fehlender Rechtsfolgenbelehrungen i.S. der Rechtsprechung des BSG zu § 159 SGB III keine Rechtsfolgen eintreten. Eine Sachverhaltsermittlung ist daher anlässlich der Information des ausländischen Trägers über die vorgenannten Leistungsstörungen entbehrlich.

Ablehnung eines Arbeitsangebotes/ Verstoß gegen ausländische Meldevorschriften

(5) An Arbeitnehmer, deren Arbeitsunfähigkeit im Ausland während der Dauer der Mitnahme des Leistungsanspruchs gemäß Art. 64 GVO eingetreten ist, sind Leistungen nach § 146 SGB III zu erbringen.

Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit

(6) Der Beginn und das Ende der Arbeitsunfähigkeit sollen der Agentur für Arbeit von der deutschen Krankenkasse mitgeteilt werden. Wird auf andere Weise (z. B. durch eine Mitteilung des Arbeitslosen oder des ausländischen Kranken- oder Arbeitslosenversicherungsträgers) bekannt, dass der Arbeitslose während des Auslandsaufenthalts erkrankt ist, so ist die entsprechende Information unverzüglich der deutschen Krankenkasse mit der Bitte um Übersendung einer Mitteilung über die Dauer der Arbeitsunfähigkeit zuzuleiten.

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

(7) Da die Gewährung von Urlaub (Ortsabwesenheit) im Sinne des § 138 Abs. 5 Nr. 2 SGB III i. V. mit der Erreichbarkeitsanordnung (EAO) den nationalen Meldevorschriften zugerechnet wird, hängt es ausschließlich von den im Land der Arbeitsuche geltenden Kontrollvorschriften ab, ob oder ggf. in welchem Umfang eine vergleichbare Vergünstigung gewährt wird.

Auswärtiger Aufenthalt

5.4. Information des Vermittlungsbereichs über gemeldete Leistungsstörungen

Stand: Aktualisierung 06/2013

Wenn das Team Alg Plus Mitteilungen ausländischer Träger über potentielle Leistungsstörungen erhält, ist der Vermittlungsbereich grundsätzlich über die gemeldeten Leistungsstörungen zu unterrichten. Bei den "Leistungsstörungen" Arbeitsaufnahme oder Erzielung von Einkommen braucht keine Information des Vermittlungsbereichs zu erfolgen.

Information des Vermittlers über gemeldete Leistungsstörungen

6. Rückkehr aus dem Ausland

6.1. Dauer der Verfügbarkeit im Ausland

Stand: Grundwerk

Für die Rückreise wird dem Arbeitslosen (anders als bei der Ausreise zur Arbeitsuche) kein besonderer Zeitraum gewährt, für den trotz der Reise (inkl. Vor- und Nacharbeiten) Verfügbarkeit unterstellt wird. Der letzte Tag der Verfügbarkeit im Ausland (und damit der letztmögliche Tag mit Anspruch auf Alg-EU) ist daher in der Regel der Tag vor dem Rückreisetag nach Deutschland.

Verfügbarkeit im Ausland

6.2. Einstellung von Alg-EU in COLIBRI

Stand: Grundwerk

Alg-EU ist ggf. zum Tag nach dem letzten Tag der Verfügbarkeit im Ausland mit dem Beendigungsgrund "Ende der Arbeitsuche im Ausland" einzustellen.

Einstellung von Alg-EU

Sofern keine abweichenden Informationen vorliegen, kann unterstellt werden, dass der Arbeitslose bis einschließlich des Tages vor dem Ausreisetag im Ausland verfügbar war.

6.3. Information an den ausländischen Träger mit Paper SED U014

Stand: Aktualisierung 04/2011

Wenn der Arbeitslose vor Ablauf des Mitnahmezeitraums nach Deutschland zurückgekehrt ist und der Agentur für Arbeit bekannt ist, dass er sich beim ausländischen Träger nicht abgemeldet hat, ist der ausländische Träger mit **Paper SED U014** über die vorzeitige Rückkehr zu informieren. Grundsätzlich kann unterstellt werden, dass sich der Arbeitslose vor seiner Rückkehr nach Deutschland beim Träger im Land der Arbeitsuche abgemeldet hat; eine ausdrückliche Befragung des Arbeitslosen hinsichtlich seiner Abmeldung beim ausländischen Träger ist nicht erforderlich.

Paper SED U014

6.4. (Rest-) Anspruch bei Rückkehr nach Deutschland

Stand: Aktualisierung 05/2012

(1) Gem. Art. 64 Abs. 2 GVO verliert der Arbeitslose grundsätzlich seinen Leistungsanspruch, wenn er erst nach Ablauf des Mitnahmezeitraums in seinen Wohnortstaat zurückkehrt. Er verliert seinen Leistungsanspruch jedoch nicht, wenn die nationalen Rechtsvorschriften eine "günstigere Regelung" als das Erlöschen vorsehen.

**Rückkehr nach
Ablauf des Mit-
nahmezeitraums**

(2) Da die deutschen Rechtsvorschriften kein Erlöschen wegen verspäteter Rückkehr vorsehen (gem. § 161 (2) SGB III erlischt der Anspruch nur durch Zeitablauf), sind sie als "günstigere Regelung" im Sinne von Art. 64 Abs. 2 GVO anzusehen. Der deutsche Leistungsanspruch erlischt deshalb nicht, wenn der Arbeitslose erst nach Ablauf des Mitnahmezeitraums nach Deutschland zurückkehrt.

(3) Bei Rückkehr nach Deutschland ist grundsätzlich eine persönliche Arbeitslosmeldung erforderlich; Ausnahme s. Abs. 4 und 5.

**Persönliche Ar-
beitslosmeldung –
Grundsatz**

(4) Anlässlich der Rückkehr ist § 141 Abs. 2 Nr. 1 SGB III mit der Maßgabe anzuwenden, dass zwischen dem letzten Tag mit Verfügbarkeit zum ausländischen Träger und dem ersten Tag mit Verfügbarkeit zur zuständigen Agentur nicht mehr als sechs Wochen liegen.

**Persönliche Ar-
beitslosmeldung -
Ausnahme**

(5) Ist die Arbeitslosmeldung nicht erloschen (§ 141 Abs. 2 SGB III), setzt die Weiterbewilligung nach Rückkehr voraus, dass sich der Arbeitslose den Vermittlungsbemühungen der zuständigen Agentur zur Verfügung stellt. Diese Erklärung muss nicht persönlich, sondern kann auch telefonisch oder schriftlich abgegeben werden.

Die Weiterbewilligung kann erst ab dem Tag erfolgen, ab dem der Arbeitslose den Vermittlungsbemühungen der zuständigen Agentur erneut zur Verfügung steht (nicht rückwirkend).

7. Leistungsgewährung

7.1. Allgemeines

Stand: 05/2019

(1) **Ein** gem. Art. 64 GVO zur Arbeitsuche exportierter deutscher Leistungsanspruch **ist** von der Agentur für Arbeit nach den Vorschriften des SGB III direkt

an den Arbeitslosen auszuzahlen (Art. 64 Abs. 1. Buchst. d) GVO). Der Arbeitslosengeldanspruch bestimmt sich grundsätzlich nach den §§ 136 ff SGB III. Zusätzlich müssen die Voraussetzungen nach Art. 64 GVO erfüllt sein (z. B. Beantragung vor der Ausreise, Export für 3 bis 6 Monate).

(2) Für den exportierten Leistungsanspruch **gibt es** im IT-Verfahren COLIBRI die Leistungsart "Arbeitslosengeld gem. EG-VO i.V.m. dem SGB III" (**Alg-EU**).

COLIBRI: Leistungsart Alg-EU

(3) Alg-EU wird in entsprechender Anwendung von § 337 Abs. 1 SGB III auf das deutsche oder ausländische Konto des Arbeitslosen überwiesen. **Zahlungen auf ausländische Konten im SEPA-Raum sind seit der Programmversion P32 (August 2013) möglich.** Auf die FW zu § 337 SGB III wird verwiesen.

Überweisung

7.2. Abwicklung in ELBA

Stand: Aktualisierung 05/2012

(1) Der Zeitraum, für den während der Mitnahme des Leistungsanspruchs zur Arbeitsuche im Ausland **Alg-EU** bezogen wurde, ist im IT-Verfahren ELBA-AW mit dem Zeitnachweis "ALG-EU (Arbeitslosengeld - Direktzahlung Ausland)" zu erfassen. Bei Beginn der Mitnahme des Leistungsanspruchs ist "ALG-EU" mit dem "von-Datum" zu erfassen. Nach Beendigung der Mitnahme des Leistungsanspruchs ist das "bis-Datum" zu ergänzen.

ELBA-AW

(2) Die Berechnungslogik für die Minderung der Anspruchsdauer beim Zeitnachweis "ALG-EU" entspricht der des nationalen Arbeitslosengeldes (30 Tage bei vollen Monaten).

7.3. Bewilligung in COLIBRI

Stand: Aktualisierung 04/2011

(1) Bei der Ausreise des Arbeitslosen zur Arbeitsuche ist der Alg-Bezug zunächst zu beenden. Die Bewilligung von Alg-EU ist erst zulässig, wenn der Arbeitslose sich beim ausländischen Träger als Arbeitssuchender angemeldet und der ausländische Träger die Agentur für Arbeit über den Tag der Meldung informiert hat (Art. 64 Abs. 1 Buchst. b) Satz 1 GVO i.V.m. Art. 55 Abs. 4 Satz 1 DVO). Erst mit der Meldung im Land der Arbeitsuche erfüllt der Arbeitslose - ggf. mit einer Rückwirkung von 7 Tagen (inkl. Tag der Meldung) - alle Anspruchsvoraussetzungen.

Voraussetzungen für die Bewilligung von Alg-EU

(2) Im IT-Verfahren COLIBRI stehen für die Bewilligung von Alg-EU folgende drei Bewilligungsarten zur Verfügung:

Bewilligungsarten

- EU-Umstellungsbewilligung,
- Neubewilligung und
- Weiterbewilligung.

(3) Eine **Umstellungsbewilligung** erfolgt im Wesentlichen analog dem Leistungswechsel zwischen Alg und Alg-W bei einem **nahtlosen** Übergang zwischen Alg nach dem SGB III und Alg-EU. Vor dem Erfassen der Alg-EU - Umstellungsbewilligung ist der Beendigungsgrund (i.d.R. Ausreise mit Export von Arbeitslosengeld) zu löschen.

Umstellungsbewilligung

(4) Die **Neubewilligung** als Bewilligungsart ist zu verwenden, wenn der Arbeitslosengeldanspruch erst mit der Meldung im Ausland als Alg-EU entsteht.

Neubewilligung

(5) Bei einer zeitlichen Lücke zwischen der Beendigung des deutschen Leistungsbezuges (Alg nach dem SGB III) und dem Beginn des Alg-EU An-

Weiterbewilligung

spruchs, insbesondere wegen Überschreitung der 7-tägigen Meldefrist, ist die Bewilligungsart **Weiterbewilligung** zu verwenden.

(6) Eine Bewilligung von Alg-EU endet

- mit Ablauf des Mitnahmezeitraumes oder
- mit Ablauf der Anspruchsdauer oder
- zu einem erfassten Beendigungsdatum.

Der Ablauf des Mitnahmezeitraums muss in COLIBRI als Leistungsende im Feld "Ende Mitnahmezeitraum" eingegeben werden. Dazu bedarf es keines Beendigungsgrundes.

(7) Wenn der Alg-EU Anspruch während des Mitnahmezeitraums wegen Erschöpfung der Anspruchsdauer endet, wird in COLIBRI eine Bearbeitungsaufforderung erstellt, damit bei Bedarf eine Mitteilung an den ausländischen Träger erfolgt. Grundsätzlich dürfte keine Mitteilung erforderlich sein. Der ausländische Träger ist nur dann umgehend mit **Paper SED U016** über das vorzeitige Leistungsende zu informieren, wenn das Leistungsende von der Mitteilung im PD U2 (Feld 2.2.2: Anspruch für höchstens <xxx> Tage) bzw. Paper SED U008 (Feld 5.1: voraussichtliches Ende des Anspruchs) abweicht.

(8) Bei Rückkehr des Arbeitslosen nach Deutschland und Wechsel der Leistungsart von Alg-EU nach Alg (nach dem SGB III) erfolgt die Bewilligung entsprechend den o.a. Bewilligungsarten.

7.4. Abmeldung in COLIBRI

Stand: Aktualisierung 04/2011

(1) Bei der Ausreise des Arbeitslosen zur Arbeitsuche ist der Leistungsbezug zu dem Datum, an dem der Arbeitslose der Agentur für Arbeit nicht mehr zu Verfügung steht, mit dem Beendigungsgrund: "Ausreise mit Export von Arbeitslosengeld" zu beenden. Die Beendigung erfolgt vorgezogen vor dem Überweisungstag (z. B. entsprechend dem Beendigungsgrund "Umzug").

(2) Der Bezug von Alg-EU kann - auch vor Ablauf des Mitnahmezeitraumes - mit fast allen im deutschen Leistungsrecht verwendeten Beendigungsgründen beendet werden.

- **Ausnahmen** sind: "Abbruch der Maßnahme", "Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme", "Ausreise mit E 303".
- **Spezieller Beendigungsgrund:** Für Fälle, in denen der Leistungsbezug vor Ablauf des Mitnahmezeitraums endet, steht der Beendigungsgrund **"Ende der Arbeitsuche im Ausland"** zur Verfügung.

(3) Bei allen für die Beendigung von Alg-EU vor Ablauf des Mitnahmezeitraums zugelassenen Beendigungsgründen (z. B. Arbeitsaufnahme, Ende der Arbeitsuche im Ausland) wird bei der Eingabe des Beendigungsgrundes eine Bearbeitungsaufforderung in COLIBRI erstellt, damit bei Bedarf eine Mitteilung an den ausländischen Träger erfolgen kann. Unter bestimmten Voraussetzungen ist der ausländische Träger umgehend mit Paper SED U014 über die vorzeitige Rückkehr des Arbeitslosen nach Deutschland zu informieren, siehe FW 6.3.

7.5. Bescheide

Stand: Grundwerk

**Leistungsende
kennzeichnen**

**Bearbeitungsauf-
forderung in
COLIBRI**

**Wechsel von
Alg-EU nach Alg**

**Beendigungs-
grund für Alg:
Ausreise mit Ex-
port von Arbeits-
losengeld**

**Beendigungs-
gründe für Alg-EU**

**Bearbeitungsauf-
forderung in
COLIBRI**

(1) Beim Wechsel der Leistungsart Alg nach Alg-EU wird ein Bewilligungsbescheid erstellt. Das gleiche gilt bei der Bewilligung von Alg nach Rückkehr des Arbeitsuchenden aus dem Ausland.

Bewilligungsbescheide

(2) Aufhebungsbescheide für die Leistung Alg-EU werden analog zu Alg-Aufhebungsbescheiden aus COLIBRI erstellt.

Aufhebungsbescheide

7.6. Controllingdaten bei Alg-EU und Alg Bewilligungen

Stand: Grundwerk

(1) In COLIBRI sind **Umstellungs- und Weiterbewilligungen** von Alg zu Alg-EU (und umgekehrt) mit "ohne Antragstellung und - Rückgabe" in der Maske "Controllingdaten" zu erfassen.

Controllingdaten

(2) **Neubewilligungen** (hier entsteht der Arbeitslosengeldanspruch erst mit der Meldung im Ausland als Alg-EU) und Weiterbewilligungen von Alg mit erneuter (ggf. persönlicher) Arbeitslosmeldung und Antragstellung sind mit "Antragstellung am" in der Maske "Controllingdaten" zu erfassen.

7.7. Übergangsregelung für den Leistungsexport in die Schweiz

Stand: 03/2012

(1) Die Übergangsregelung gilt nur für die Mitnahme des Alg-Anspruchs zur Arbeitsuche in der Schweiz.

Übergangsregelung Schweiz

(2) Leistungsfälle, bei denen der Mitnahmezeitraum vor dem 01.04.12 beginnt, werden komplett nach den VO 1408/71 und 574/72 abgewickelt. D.h. insbesondere:

Beginn des Mitnahmezeitraums vor dem 01.04.12

- Anwendung der FW Internationales Recht der Alv zur "alten" VO 1408/71,
- Bescheinigung auf dem Formular E303,
- die Schweiz zahlt das Arbeitslosengeld hilfswise aus,
- Erstattungsverfahren nach der "alten" VO 1408/71.

(3) Bei Leistungsfällen, bei denen der Mitnahmezeitraum vor dem 01.04.12 begonnen hat und bei denen für einen Zeitraum nach dem 01.04.12 eine Verlängerung des Mitnahmezeitraums beantragt wird, ist über die Verlängerung des Mitnahmezeitraums nach der VO 883/04 zu entscheiden. D.h. insbesondere:

Verlängerung des Mitnahmezeitraums

- Anwendung der Vorschriften dieser FW zur Verlängerung des Mitnahmezeitraums,
- im ggf. verlängerten Mitnahmezeitraum Bewilligung von Alg-EU (Direktzahlung durch die AA).

(4) Für Leistungsfälle, bei denen der Mitnahmezeitraum vor dem 01.04.12 beginnt und nach dem 01.04.12 endet, ist über das Erlöschen des Anspruchs bei Rückkehr nach Deutschland nach der VO 883/04 zu entscheiden. D.h., dass der Leistungsanspruch bei einer Rückkehr nach Ablauf des Mitnahmezeitraums nicht erlischt; vgl. FW 6.4.

Kein Erlöschen bei verspäteter Rückkehr

7.8. Übergangsregelung für den Leistungsexport in die EWR-Staaten Island, Liechtenstein oder Norwegen

Stand: Aktualisierung 05/2012

(1) Die Übergangsregelung gilt nur für die Mitnahme des Alg-Anspruchs zur Arbeitsuche in die EWR Staaten Island, Liechtenstein oder Norwegen.

Übergangsregelung EWR

(2) Leistungsfälle, bei denen der Mitnahmezeitraum vor dem 01.06.12 beginnt, werden komplett nach den VO 1408/71 und 574/72 abgewickelt. D.h. insbesondere:

- Anwendung der FW Internationales Recht der Alv zur "alten" VO 1408/71,
- Bescheinigung auf dem Formular E303,
- der jeweilige EWR-Staat zahlt das Arbeitslosengeld hilfsweise aus,
- Erstattungsverfahren nach der "alten" VO 1408/71.

(3) Bei Leistungsfällen, bei denen der Mitnahmezeitraum vor dem 01.06.12 begonnen hat und bei denen für einen Zeitraum nach dem 01.06.12 eine Verlängerung des Mitnahmezeitraums beantragt wird, ist über die Verlängerung des Mitnahmezeitraums nach der VO 883/04 zu entscheiden. D.h. insbesondere:

- Anwendung der Vorschriften dieser FW zur Verlängerung des Mitnahmezeitraums,
- im ggf. verlängerten Mitnahmezeitraum Bewilligung von Alg-EU (Direktzahlung durch die AA).

(3) Für Leistungsfälle, bei denen der Mitnahmezeitraum vor dem 01.06.12 beginnt und nach dem 01.06.12 endet, ist über das Erlöschen des Anspruchs bei Rückkehr nach Deutschland nach der VO 883/04 zu entscheiden. D.h., dass der Leistungsanspruch bei einer Rückkehr nach Ablauf des Mitnahmezeitraums nicht erlischt; vgl. FW 6.4.

8. Sozialversicherung bei Bezug von Alg-EU

Stand: Aktualisierung 05/2019

(1) Bei Bezug von Alg-EU ist der Arbeitslose wie bei normalem Alg-Bezug in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu versichern.

(2) Die Kranken-/Pflegeversicherung aufgrund des Bezugs von Alg-EU wird erst mit der Bewilligung wirksam, ggf. rückwirkend (siehe FW 3.4).

(3) Bei einer Sperrzeit oder Ruhenszeit wegen Urlaubsabgeltung besteht ab dem zweiten Monat Versicherungspflicht zur gesetzlichen KV/PV, wenn der Anspruch auf Alg-EU dem Grunde nach erfüllt ist. Die Rückwirkung einer Arbeitsuche (FW 3.4) gilt auch für die Erfüllung des Anspruchs dem Grunde nach zum Einsetzen der Sperrzeit/Ruhens-KV.

9. Sonderfälle

9.1. Verfahren bei vorzeitiger Ausreise

Stand: Grundwerk

(1) Reist der Arbeitslose tatsächlich vor Beginn des Mitnahmezeitraums, den er beantragt hatte und für den das PD U2 ausgestellt wurde, aus, ist der Mitnahmezeitraum zu berichtigen.

(2) Der Arbeitslose ist über den Bewilligungsbescheid (sofern noch kein Bewilligungsbescheid erstellt wurde) oder über einen Änderungsbescheid über den korrekten Mitnahmezeitraum zu informieren. Ihm ist kein berichtigtes PD U2 auszustellen.

(3) Der ausländische Träger ist mit **Paper SED U015** über den veränderten Mitnahmezeitraum zu informieren.

Beginn des Mitnahmezeitraums vor dem 01.06.12

Verlängerung des Mitnahmezeitraums

Kein Erlöschen bei verspäteter Rückkehr

SV bei Bezug von Alg-EU

Krankenversicherung

Sperrzeit-KV

Vorzeitige Ausreise

Bescheid an den Arbeitslosen

Paper SED U015

9.2. Erschöpfung des Alg-Anspruchs im Mitnahmezeitraum

Stand: Aktualisierung 04/2014

Seit dem 01.01.2011 ist der Export von Alg II gem. Art. 64 GVO (wegen Entfall des befristeten Zuschlags nach § 24 SGB II (a. F.)) nicht mehr möglich. Dem Arbeitslosen darf daher die Information, dass er – wenn der Alg-Anspruch im Mitnahmezeitraum ausläuft – unter bestimmten Voraussetzungen (nahtlos) im Anschluss an den Alg-Anspruch einen bestehenden Alg II-Anspruch exportieren kann, nicht mehr gegeben werden.

Kein Verweis an SGB II-Träger

9.2. Leistungsexport bei Aufstockern

Stand: Aktualisierung 05/2019

(1) Aufstocker sind Bezieher von Arbeitslosengeld nach dem SGB III, die ergänzend Arbeitslosengeld nach dem SGB II erhalten. Die Mitnahme des Alg II-Anspruchs zur Arbeitsuche gem. Art. 64 GVO ist nicht möglich. Das gilt auch für Aufstocker (d.h. bei Aufstockern kann nur der Alg-Anspruch exportiert werden).

Aufstocker

(2) Für den Zeitraum des Exports des Alg-Anspruchs zur Arbeitsuche geht die vermittlerische Betreuung des Arbeitslosen auf die Agentur für Arbeit über.

Vermittlerische Betreuung durch die AA

(2) Das zuständige Jobcenter wird unverzüglich vom Vermittler über die Antragstellung, den geplanten Exportzeitraum des Alg-Anspruchs und das geplante Ausreisedatum informiert. Im Zusammenhang mit der Ausstellung des Dokuments PD U2 und der Abmeldung aus COLIBRI ist das zuständige Jobcenter zusätzlich vom Team Alg Plus über die vorgenannten Punkte zu informieren.

Information des SGB II-Trägers

9.3. Leistungsexport im Anschluss an eine genehmigte Ortsabwesenheit

Stand: 03/2012

Während einer Ortsabwesenheit gem. § 138 Abs. 5 Nr. 2 SGB III i.V.m. der Erreichbarkeitsanordnung (EAO) bzw. nahtlos im Anschluss daran ist der Leistungsexport gem. Art. 64 GVO nicht zulässig. Der Arbeitslose muss vor der Mitnahme seines Leistungsanspruchs an seinen deutschen Wohnsitz zurückgekehrt sein und die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Alg erneut (inkl. Verfügbarkeit) erfüllt haben.

Genehmigte Ortsabwesenheit

10. Erneute Mitnahme des Leistungsanspruchs

Stand: Aktualisierung 05/2012

(1) Nach Art. 64 Abs. 3 GVO kann ein Leistungsanspruch zwischen zwei Beschäftigungszeiten nur einmal für die Dauer von drei bis maximal sechs Monaten (Ermessensentscheidung) zur Arbeitsuche in einen anderen Mitgliedstaat mitgenommen/exportiert werden. Eine "Stückelung" des Leistungsexports ist möglich.

(2) Über den "gestückelten" Leistungsexport hinaus ist eine erneute Leistungsmitnahme zur Arbeitsuche in einem anderen Mitgliedstaat von drei bis maximal sechs Monaten dann möglich, wenn seit der letzten Inanspruchnahme der Leistungsmitnahme eine unselbstständige **Beschäftigung**, die zur Beendigung der Arbeitslosigkeit führte, in einem Mitgliedstaat ausgeübt wurde. Zeiten nach § 26 Abs. 2 SGB III können mangels Beschäftigungscharakter

Erneute Mitnahme des Leistungsanspruchs

diese Voraussetzung nicht erfüllen. Die Versicherungspflicht der Beschäftigung oder die Erfüllung einer neuen Anwartschaftszeit ist nicht erforderlich.